

Es gilt jetzt, aus den durch die Überprüfungen gesammelten Erfahrungen zu lernen, die noch vorhandenen Mängel abzustellen und die begonnene ideologische Umerziehung im verstärkten Maße fortzusetzen.

Im Beschluß des ZK vom 26./27. Oktober 1950 wird gesagt, daß eine klare Beantwortung einer Anzahl von Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung notwendig ist.

Diese Aufgabe ist bisher sehr ungenügend gelöst. Einige Genossen haben zur Rolle früherer parteifeindlicher Gruppierungen und der SAP Stellung genommen. — Die Aufgabe solcher Stellungnahmen ist, die ganze Partei und insbesondere die neuen und jungen Mitglieder zum unversöhnlichen Kampf gegen alle Feinde des Marxismus-Leninismus zu erziehen, ganz gleich, in welchem Gewände sie auftreten.

Das kann nur geschehen, wenn die Stellungnehmenden von leidenschaftlicher Parteilichkeit getragen, schonungslos und unversöhnlich mit den eigenen begangenen Fehlern abrechnen und die ganze Gefährlichkeit und schädliche Arbeit der betreffenden Gruppierungen aufzeigen.

7. Welche Erfolge brachte der bisherige Verlauf der Überprüfung?

1. Aktivierung der Partei

Ein entscheidendes Ergebnis im bisherigen Verlauf der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten ist die wachsende Aktivität der Partei. Schon in der Vorbereitung der Überprüfung war ein stärkerer Besuch der Mitgliederversammlungen und eine verstärkte Teilnahme im Rahmen des Parteilehrjahres zu verzeichnen.

Viele Genossen begannen in Vorbereitung der Überprüfung ein ernsthaftes Studium des Statuts und der Beschlüsse der Partei und beschäftigten sich eingehend mit der Rolle Ernst Thälmanns im Kampf um die Schaffung einer Partei neuen Typus. Sie festigten ihr ideologisch-politisches Niveau und begriffen, daß entscheidende Eigenschaften einer Partei neuen Typus die Prinzipienfestigkeit und die Unversöhnlichkeit gegenüber allen Abweichungen sind.

Die steigende Aktivität der Mitglieder und Kandidaten und ihre wachsende Parteiverbundenheit kommt besonders deutlich zum Ausdruck in der Vielzahl der freiwilligen Verpflichtungen, die die Genossen vor den Kommissionen eingehen.